

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt

und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 81
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/2 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Neben die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 285

Herford, Donnerstag, den 5. Dezember

1918

Vor einer Besetzung Berlins?

Wb. Berlin, 4. Dez. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: Wie der amerikanische Funkpruch Belmar vom 29. November meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweise besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

II. Basel, 4. Dez. Nach einer Erklärung aus zuverlässigen Ententequellen haben die Alliierten beschlossen, daß die Entente in Berlin ihren Triumphzug halten solle.

Der Auf nach Arbeit.

II. Berlin, 4. Dez. Im Abgeordnetenhaus, wo der Vollzugsrat seinen Sitz hat, fand sich heute eine größere Anzahl von der Front zurückgekehrter Soldaten ein, die Arbeit zu erlangen hofften. Die Versammelten gaben in Erregung, die sich in stürmischen Rufen äußerte. Nach und nach beruhigten sich die Arbeitslosen und zogen ab.

Um den Reichstag.

Wb. Freiburg, 4. Dez. Der Reichstagspräsident Fehrenbach hat auf das Telegramm der Reichsleitung folgendes geantwortet: „Aufgrund der Resolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. So lange er aber nicht aufgelöst ist, sind Sie trotz der Resolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des V. G. B. und des Prozeßrechtes hinwegsetzen. Ihr Vorhaben bedeutet gefühllose Willkürherrschaft, dagegen protestiere ich.“ Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Freiheit der Presse.

Wb. Berlin, 4. Dez. In letzter Zeit haben sich die Klagen über unermessliche Eingriffe in bürgerliche Freiheitsrechte gemehrt. In allen solchen Fällen ist von der Reichsregierung sofort eingeschritten worden. Den daran beteiligten A. und S.-Mätern ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Reichsregierung auf unbedingte Innehaltung der von ihr verkündeten Pressefreiheit besteht.

Die 800 Millionen.

Wb. Berlin, 4. Dez. Gegenüber der durch eine Korrespondenz verbreiteten Nachricht, daß der Finanzbedarf der Arbeiter- und Soldatenräte bisher 800 Millionen Mark betragen hätte, schreibt die „Freiheit“ (Organ der Unabhängigen): Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß diese Angabe schon deshalb starken Zweifel begegnen müsse, weil es ja bisher gar keine Möglichkeit geben konnte, halbwegs zuverlässige Berechnungen der von den Arbeiter- und Soldatenräten in Anspruch genommenen Beträge vorzunehmen. Die allerersten Quellen, dahingehend, wieviel es ja zu befragen. Die 800 Millionen Mark sind eine völlig haltlose Behauptung.

Drohende Besetzung von Mannheim und Heidelberg.

II. Heidelberg, 4. Dez. Der A. und S.-Rat in Heidelberg erklärte in der gestrigen Vollversammlung, daß auf Grund eines bedauerlichen Vorkommnisses, bei dem ein Wachmann des Mannheimer Gefangenensorgers drei Franzosen bei einem Zwischenfall vor wenigen Tagen erschoss, damit zu rechnen sei, daß Mannheim und Heidelberg besetzt werden und daß möglicherweise ein Vorstoß der Franzosen nach Heidelberg erfolge.

Ausweisung von Deutschen aus Straßburg.

Wb. Berlin, 4. Dez. Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Haft über die deutschen Linien abgeschoben lassen. Unter den Ausgewiesenen befindet sich eine große Anzahl angesehenen Persönlichkeiten, Kaufleute, ein Oberlehrer und 9 Dozenten der Straßburger Universität. Die Ausgewiesenen wurden Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24

Stunden verlassen und kamen ohne Vorräte im badischen Gebiet an. Die Reichsregierung hat durch die Waffenstillstandskommission zunächst 10 000 Mark für eine Hilfsaktion der badischen Regierung zur Verfügung gestellt und wird nach Bedürfnis weitere Mittel bereithalten.

Ausstellung der deutschen U-Boote in London.

II. Amsterdam, 4. Dez. Kurier meldet aus London: Die deutschen U-Boote, die in London ausgestellt werden, kamen am Dienstag morgen bei Orford an. Sie wurden den Blick hinauf von Booten geleitet, die mit Flaggen geschmückt waren. Die U-Boote führten die englische Marineflagge über der deutschen. Zwei U-Boote wurden von einem Torpedoboot vom Typ der sogenannten U-Bootsjäger begleitet.

Österreichs Kohlennot.

Wb. Wien, 4. Dez. Infolge des fast gänzlichen Ausfalls der Kohlenzufuhr für die deutsch-österreichischen Eisenbahnen und des vollständigen Verbrauchs der Kohlenvorräte der Eisenbahnen besteht die Gefahr des gänzlichen Stillstandes des Eisenbahnverkehrs. Der Verkehr der Wiener Stadtbahn wird voraussichtlich Freitag oder Samstag eingestellt werden müssen. Auf den Hauptbahnen wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich nur je ein Personenzug im Verkehr bleiben können. Auch der Güterverkehr wird eine weitere Einschränkung erfahren. Trotz aller Bemühungen der Regierung ist eine baldige Besserung der Lage nicht zu erwarten.

Kronprinz Rupprecht und Ludendorff.

Der „Bayerische Kurier“ erzählt: Kronprinz Rupprecht von Bayern hat bereits nach der zweiten Sommerkämpfe im Jahre 1916 für einen Friedensschluß gesprochen. Mit besonderem Nachdruck befürwortete er in den ersten Monaten 1918 die Ausbuchtung eines Friedens mit der Begründung, der Augenblick, in dem unsere Truppen im Osten frei würden, sei als besonders günstig anzusehen nicht für eine Offensive, sondern für ein Friedensangebot. Kronprinz Rupprecht hat diese Anschauung in einer Denkschrift an den Reichstagskanzler vertreten und in einer anderen Vorlesung, die er schriftlich an den Kaiser richtete, in welcher Kronprinz Rupprecht mit besonderem Nachdruck die Ansicht vertrat, wir müßten Frieden schließen. Die Antwort erfolgte auf dem Umweg über die Oberste Heeresleitung. Zu einem schärferen Konflikt kam es im Februar 1918 bei der bekannten Offensive. Kronprinz Rupprecht stand bei seinem Vorschlag vor dem Vortritt vor der Vollendung des Durchstoßes, auf dessen Gelingen er bestimmt rechnen konnte, als die Nachricht von Ludendorff eintraf, der Vortritt sei einzustellen. Ludendorff hatte nämlich den Befehl gegeben, daß die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz wieder anzugreifen habe. Es kam zwischen dem Kronprinzen Rupprecht und Ludendorff zu harten Reibungen, und vom Sommer 1918 ab waren alle Beziehungen zwischen dem Kronprinzen Rupprecht und Ludendorff abgebrochen. Noch in den letzten Tagen des Krieges hat Kronprinz Rupprecht es durchgesetzt, daß von einem Plane Abstand genommen wurde. Man hatte auf deutscher Seite neue Brandbomben erfunden, von denen jeder Flieger mehrere tausend Stück mit sich führen konnte. Damit wollte man kurz vor dem Waffenstillstand Paris beschießen und ein Viertel der Stadt in Brand stecken. Kronprinz Rupprecht ist entschieden dagegen aufgetreten und hat diesbezüglich auch beim Reichstagskanzler Vorlesung erhoben mit dem Erfolg, daß v. Einke zu Ludendorff fuhr und daß die neuen Modelle nur in kleinem Maßstab zur Anwendung gelangten.

Der „Bayerische Kurier“ deutet an, daß er noch mehr zu erzählen habe.

Wilson's Abreise.

Wb. Washington, 4. Dez. (Reuter.) Wilson ist in Begleitung von Frau Wilson am Dienstagabend von Washington abgereist, um sich am Mittwoch an Bord des Dampfers „George Washington“ zu begeben, der sofort abfahren wird. Vor der Konferenz wird der Präsident mit Lloyd George, Clemenceau, Orlando und wahrscheinlich auch dem König Albert verhandeln. Er beabsichtigt während seines Aufenthalts in Europa Frankreich, einschließlich der Schlachtfelder, England und Italien möglicherweise auch Brüssel zu besuchen. Eine amerikanische

Flottille wird Wilson vor der französischen Küste entgegenfahren und den Dampfer in den Hafen geleiten. Sanfing, Henry White, Konteradmiral Grayson und der Vorgesetzte der Kommission für Public Information, Greel, begleiten den Präsidenten.

Dürfen wir auf Wilson hoffen?

Am Dienstag hat der Präsident der Vereinigten Staaten vor dem Senat zu Washington seine feierliche Abschiedsrede gehalten und noch einmal die Leitlinien seiner Politik vor dem Forum der Öffentlichkeit zusammengefaßt, bevor er sich nach Europa einschiffte, um der Eröffnung der großen Friedenskonferenz beizuwohnen. An sich schon ist die Tatsache, daß ein amerikanischer Präsident während seiner Amtszeit das Land verläßt, fast ohne Beispiel. Eine Europareise amtierender amerikanischer Präsidenten ist überhaupt noch nie vorgekommen. Allein schon daraus läßt sich erkennen, daß Wilson trotz der Niederlage seiner Partei bei den letzten Senats- und Unterhauswahlen und trotz dem Ueberhandnehmen gewisser scharfmacherischer Stimmungen, vor allem bei den alliierten europäischen Regierungen, nicht darauf verzichtet hat, seine Grundzüge von dem Wiederaufbau der Welt, von Völkerverbund und Gerechtigkeitssfrieden zu vertreten. Wenn eine Daily Telegraph-Mitteilung der letzten Tage richtig ist, so wünscht er auch heute noch die Gründung eines Staatenbundes der internationalen Seemächte für die Weltpolizei zur See mit einer, diese Polizeifunktionen ausübenden eigenen Polizeiflotte. Ob das den englischen Seegewaltigen gefallen wird, steht freilich dahin, und manche Anzeichen deuten darauf hin, daß es in Paris zu ziemlich eingehenden und vielleicht leidenschaftlichen Erörterungen über diese Frage kommen wird.

Auch sonst wird Wilson dort kaum leichtes Spiel haben. Nach den „Daily News“ sollen die europäischen Alliierten die Absicht haben, eine geradezu erbarungslose Last von Schadenersatzleistungen auf Deutschland zu häufen, Leistungen, die die gesamte deutsche Wirtschaft für absehbare Zeit in die Entente-Sklaverei bringen und das deutsche Volk zu bloßen Kulis der französischen und englischen Imperialisten machen müßten. Auch schon die Waffenstillstandsbedingungen haben nicht viel von dem verhöhnenden Geiste gezeigt, dem wir in Deutschland uns durch Wilson's Einfluß gegenübersehen hofften. Mit immer größerer Rücksichtslosigkeit und trotz aller deutschen Proteste legt Marshall noch diese Waffenstillstandsbedingungen in einer Weise aus, die sich mit ihrem Wortlaut nicht vereinigen läßt. Die brutale Macht herrscht, von Versöhnungen und von Recht ist weit und breit keine Spur. Erst jetzt wieder wird von einem neuen Gewaltakt des Marshalls gemeldet: er bezieht das Gebiet von Saarbrücken und Saarlouis in die elsaß-lothringischen Grenzen ein in der offenkundigen Absicht, es dann auf Grund dieses „Rechtstitels“ Frankreich einzuverleihen.

Auch das Vorgehen der Belgier in Aachen, wo den Bürgern die Hülfe mit der Reiterpeitsche vom Kopfe geschlagen werden, atmet nichts weniger als Versöhnung. Aber alles das wären Dinge, die vorübergehen. Erst in Paris wird sich unser Schicksal und damit das Schicksal der Welt entscheiden, erst in Paris wird Wilson, im Vertrauen auf den wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben, in der Lage sein, über die militärischen Stellen hinweg die Grundlinien des künftigen Friedens mit zu bestimmen.

Können wir ihm vertrauen, daß er frei von dem Eigennutz, wie ihn die andern haben, wirklich als Weltrichter nur für das Recht und für die Versöhnung eintreten wird? Wir müssen es eigentlich, wenn wir an die vielen Versicherungen denken, die er in seinen Reden stets nach dieser

Richtung hin gemacht hat. „Wir haben kein Unrecht gegen das Deutsche Reich, keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten vor“, sagt er einmal. „Kein Mensch bedroht das Leben, die Unabhängigkeit oder friedliche Betätigung des Deutschen Reiches. Die Rechtsverletzungen in diesem Kriege können und dürfen nicht durch die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen gegen Deutschland gutgemacht werden, keine Verträge der Selbstsucht und des Kompromisses angesetzt werden“, unterstreicht er an einer weiteren Stelle. Immer wieder kehrt diese Erklärung. Immer wieder auch die, daß ein Friede nur auf Gerechtigkeit, Billigkeit und die gemeinsamen Rechte der Menschheit begründet sein darf. „Das amerikanische Volk wünscht keine Vergeltungsmaßnahmen gegen das deutsche Volk, das selbst in diesem Kriege, den es nicht nach eigener Wahl führt, alles erduldet hat“, äußert Wilson ein anderes Mal. Und wiederum sagt er: „Wir sind... die aufrichtigsten Freunde des deutschen Volkes und wünschen nichts so sehr als die baldige Wiederherstellung naher Beziehungen mit ihm zu unserem gegenseitigen Vorteil, wie schwer es für das deutsche Volk auch augenblicklich sein mag, an die Aufrichtigkeit dieser Worte zu glauben.“ Und schließlich wiederholt Wilson, was besonders den heutigen Ansprüchen der Alliierten gegenüber bemerkenswert ist, die sich immer wieder in die inneren deutschen Verhältnisse einmengen wollen: Jedes Volk hat das Recht, die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will.

Ist Wilson immer noch der Freund der Menschheit, als den er sich so oft erklärt hat, dann muß er es in Paris erhärten. Leicht wird ihm das sicherlich nicht fallen.

Verhältnismahl-Systeme.

Von Dr. A. Rödelke, Hamburg, M. d. B.

Nach den bisherigen Anordnungen der Berliner Regierung sollen künftig die Wahlen zur Nationalversammlung wie zu allen staatlichen und städtischen Vertretungen nach dem Grundsatze der Verhältnismahl erfolgen. Damit steht sich die Entwicklung fort, die in einer Anzahl von Bundesstaaten, namentlich Süddeutschlands, auch in Hamburg, schon vor einiger Zeit begonnen hat und die auch in dem provisorischen Reichsgesetz vom 24. August d. J., das nach dem selbigen auf der Dinge gar nicht zur praktischen Anwendung gelangt, für die großen Reichstagswahlkreise eingeführt worden ist. Unter diesen Umständen dürfte sich ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Systeme, aus denen die neue Wahlordnung hervorgegangen ist, empfehlen.

Das Verhältnismahlverfahren verdankt seine Entstehung der Rücksichtnahme auf die Minderheitsparteien. Nach verschiedenen Versuchen, eine Minoritätenvertretung zu erlangen, haben sich diese Bestrebungen auf das Verhältnismahlverfahren konzentriert. Aber es ist durchaus verfehlt, die Verhältnismahl in direkten Gegensatz zur Mehrheitsvertretung zu setzen. Auch die Verhältnismahl entbehrt nicht von der Notwendigkeit einer Mehrheit, denn auch der Quotient, die Verteilungszahl, die erreicht sein muß, um ein Mandat zu gewinnen, ist eine Mehrheit, und auch innerhalb der Wahlen entscheidet unter den Kandidaten, die aus ihnen als gewählt hervorgehen, eine Mehrheit, eventuell bei der Aufstellung der Listen. Wichtig ist es vielmehr, die Verhältnismahl nicht in Gegensatz zum Mehrheitsprinzip, sondern in Gegensatz zum Absolutismus des Mehrheitsprinzips zu stellen. Sie schwächt daselbe nach dem Grundsatze ab, daß keiner Partei oder Gruppe mehr Vertreter zukommen, als ihrer verhältnismäßigen Stärke im Vergleich zu anderen Gruppen entspricht.

Das erste Verhältnismahlverfahren war das von Thomas Gore geschaffene, die sogen. einmahlige Wahl. Bei ihr war das ganze Wahlgebiet als ein einziger Wahlkreis angesehen. Der Wähler darf aber grundsätzlich bloß für so viele, als gewählt werden sollen, stimmen. Als gewählt gilt derjenige, der mindestens die Hälfte der Verteilungszahl, d. h. den Quotienten, erreicht, der bei einer Teilung der Zahl der abgegebenen Stimmen durch die Zahl der zu wählenden Abgeordneten herauskommt. Dieses Verfahren hat sich aber schon bald in der Praxis als unbrauchbar erwiesen, da bei jeder Wahl sich auf die

beliebteren Kandidaten eine größere Zahl von Stimmen vereinigen wird, als sie für ihre Wahl brauchen, andererseits die Zahl der zu wählenden Abgeordneten oft gar nicht erreicht wird. Mit Rücksicht hierauf hat das Reichs-System weiter ausgebaut, indem es dem Wähler die Möglichkeit gibt, die überflüssigen Stimmen eventuell anderweitig zu verwerten.

Dadurch ist schon der Übergang zu demjenigen Wahlsystem geschaffen, das heute die Praxis auf diesem Gebiet durchweg beherrscht, zu der Verhältniswahl. Alle bekannten Verhältniswahlsysteme, diejenigen der Schweiz, Belgiens, ferner Württembergs, Hamburgs und der norddeutschen Staaten sind auf der Verhältniswahl aufgebaut, aber auch unter ihnen gibt es eine große Anzahl von Verschiedenheiten, so daß kein ein System in allen Einzelheiten mit dem anderen übereinstimmt.

Bei der Verhältniswahl kann der Wähler durchweg für mehrere Abgeordnete stimmen, und zwar in der Weise, daß er die Namen der Kandidaten auf der Liste seines Stimmzettels vereinigt. Das freiste System, das aber auch in der Praxis kaum vorkommt, ist das, das den Wähler, wie es bei der Mehrheitswahl der Fall ist, in der Auswahl seiner Kandidaten ganz freiläßt; der Wähler kann also seinen Abgeordneten, nicht bloß bestimmten, von den Parteileitungen oder anderen Gruppen aufgestellten Kandidatenlisten entnehmen, sondern ganz beliebig wählen. Solche nicht auf den großen Listen befindlichen Kandidaten werden bei der Stimmberechnung entweder zu einer Ergänzungsliste zusammengefaßt oder so behandelt, als ob jeder Name eine besondere Vorschlagsliste bildete. Die Schwierigkeiten einer solchen Berechnung stehen aber in keinem Verhältnis zu der größeren Vereinfachung, die den Wählern auf diese Weise eingebracht wird. Denn im ganzen haben solche persönlichen Wahlbereichen einzelner Wähler bei der Verhältniswahl ebenso wenig Bedeutung und verdienen ebensowenig Berücksichtigung wie bei der reinen Mehrheitswahl. Deshalb ist die zufällige Stimmabgabe bei der Verhältniswahl heute durchweg an bestimmte Vorschlagslisten gebunden, die vor der Wahl bei der Wahlbehörde eingereicht und von dieser veröffentlicht werden. Nur die Stimmen für solche Kandidaten haben Geltung, deren Namen sich auf einer Vorschlagsliste befinden. Auf dieser Vorschlagsliste werden zunächst die Mandate nach einer gewissen Berechnung verteilt. Bis hierhin stimmen fast alle Systeme der Verhältniswahl in der Praxis überein. Dann aber kommen die Unterschiede. Grundsätzlich können mehrere Vorschlagslisten wieder miteinander verbunden werden, so daß sie gegenüber den anderen Listen als eine Liste gelten und bei der Verteilung der Mandate als eine gemeinschaftliche Liste behandelt werden, worauf dann eine Unterverteilung auf die verbundenen Listen erfolgt.

Dann aber besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen den freien gebundenen, den gebundenen und den freien Listen. Diese Bezeichnung ist jedoch an sich nicht zutreffend, denn nicht die Listen sind gebunden, sondern die Wähler sind gebunden, ihre Kandidaten lediglich einer Vorschlagsliste zu entnehmen, während bei den freien Listen die Wähler „paraschieren“, d. h. ihren Stimmzettel aus Namen verschiedener Vorschlagslisten zusammenzusetzen können. Dieses letzte System der freien Listen hatten wir bisher in Hamburg für die Bürgerwahlen, und es ist in der Praxis von dem Recht zum „Paraschieren“ im reichsten Maße Gebrauch gemacht worden. Dagegen steht das Reichsgesetz vom 24. August 1918 auf dem Boden der streng gebundenen Listen, wonach nicht nur der Wähler seine Kandidaten bloß einer einzigen Liste entnehmen darf, sondern bei der Verteilung der Sitze auf die verschiedenen Listen nicht diejenigen Kandidaten gewählt sind, die die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt haben, sondern diejenigen, die an der Spitze der Vorschlagsliste stehen. Es entscheidet also die von der Parteileitung festgesetzte Reihenfolge über die Wahl der Kandidaten. Danach hat die sogenannte „Stimmensammlung“, d. h. die Abgabe mehrerer Stimmen für einen Kandidaten, auf diesem einen Vorprung vor den Listengegnern zu gewinnen, gar keinen Zweck bei der streng gebundenen Liste. Denn hier ist es ganz ohne Bedeutung, für welche Personen die Wähler stimmen, grundsätzlich stimmen sie nur für die Liste als solche, und es entscheidet über die Wahl der Kandidaten lediglich die Reihenfolge der Liste.

Für die Verhältniswahl ist es von Bedeutung, daß möglichst große Wahlkreise gebildet werden, wenn nicht

der ganze Staat zu einem Wahlkreis zusammengefaßt wird. Denn auf diese Weise fallen möglichst wenig Reste bei der Verteilung unter den Tisch. Das ist denn auch in der neuen Wahlordnung beachtet worden.

(Hamb. Fremdenblatt.)

Die braunschweigische Regierung.

Berlin, 4. Dez. Die Köln. Volkszeit. schreibt: Es lohnt sich, die Aufmerksamkeit auf die Zusammenfassung der „braunschweigischen Regierung“ zu lenken. Erster Präsident ist ein Kunsttöpfer, zweiter Präsident ein Jongleur, der bis zum Ausbruch der Revolution im Kaffee-Magazin tätig war. „Kultusminister“ ist eine Frau, die kaum ordentlich lesen und schreiben kann und die wegen Unterschlagung im Jahre 1915 aus dem Nationalen Frauenverein entlassen wurde.

Ein Attentat auf Korfanty.

Ill. Warschau, 4. Dez. Während seiner Anwesenheit in Warschau wurde auf Korfanty ein Attentat verübt. Die Kugel ging fehl. Der Attentäter namens Bengoessi, ein Sozialist, wurde blutig geschlagen und verhaftet, aber auf Anordnung des Generals Sosnowski diesem zur Verfügung übergeben.

Herford und Minden-Ravensberg.

5. Dezember.

Einheitschule.

Ein Herforder Schulmann schreibt uns: In mehreren Rundgebungen hat die augenblickliche Regierung dem deutschen Volke von ihren Zukunftsplänen gesprochen, die zum großen Teil tief einschneidende Umgestaltungen auf allen Lebensgebieten in Aussicht stellen. Zwei Dinge sind es besonders, die in die Organisation der geistigen Bildung stark eingreifen, das sind Trennung von Kirche und Staat und Einheitschule. Was das letztere bedeutet, ist fast allgemein bekannt, der Begriff Einheitschule aber ist den meisten neu, obwohl Erwägungen darüber schon lange schweben und in den letzten Jahren unter den Fachleuten ein heftiger Kampf darum entbrannt ist. Aus den vielen Aufsätzen, die darüber erschienen sind, ist nur in allgemeiner Umrissen ein Bild zu gestalten, das zeigt, was werden soll. Die Grundzüge des Gedankens sind etwa folgende: Unter Beseitigung aller anderen Schularten läßt man im Aufbau der Einheitschule für alle Kinder, während der ersten 6 Schuljahre nur die Volksschule bestehen, die also jeder in Zukunft besuchen muß. Mit Beginn des nächsten Schuljahres, also des siebenten, gabelt sich nun die Schule und die Kinder können dann entweder die Volksschule weiter besuchen oder sie können auf Grund deselben Zeugnisses in die höhere Schule eintreten. In letzterem Falle brauchen sie sich bei diesem Eintritt nicht fogelich zu entscheiden, ob sie ein Gymnasium, Realgymnasium oder eine Oberrealschule besuchen wollen, denn auch die höhere Schule ist während der ersten Jahre noch einheitlich. Von ihr zweigen sich nach einigen Jahren wieder die Fachschulen (Landwirtschaftlichen, kaufmännischen Schulen, evtl. technischen Schulen) ab, und noch später wird sich auch die höhere Schule noch einmal in eine im wesentlichen mathematisch-naturwissenschaftliche und eine sprachlich-historische Seite teilen. So wäre dann also unser ganzes Schulsystem eine Schule geworden, die einheitlich aus der Volksschule herauswächst. Dieser wird man dann selbstverständlich noch stärkere Vorzüge widmen, als dies bisher geschehen ist, soll sie doch die Grundlage für alle Bildung im ganzen Reiche abgeben. Vor allem wäre da vielleicht an eine Beteiligung der unglücklichen Ueberflüssigen der Klassen zu denken, die, wenn die

wertvolle Kraft des Lehrers nicht vergeudet werden soll, nicht mehr als etwa 35 Kinder umfassen dürfen. Mit dem Gedanken der Einheit ist ein anderer eng verbunden, nämlich der, daß die Schüler nicht mehr nach ihrer Wahl die ein- oder andere Schulart besuchen können, sondern daß ihrer Wahl die Richtung gewiesen wird. So wird jeder Wahl die Richtung am Schluß des 6. Schuljahres ein Verlegungszugnis erteilt, auf dem steht: Reif für die höhere Schule, dann kann er mit diesem Zeugnis die höhere Schule aufsuchen, kann aber natürlich auch auf der Volksschule bleiben, oder auf die Mittelschule gehen. Ein Schüler aber, der nur reif für Volksschule erklärt ist, wird auf keiner anderen Schulart aufgenommen. Es würde dann also das System eine Auslese der Tüchtigen bedeuten, nach dem jetzt so viel angeführten Wort Bethmanns: „Freie Bahn dem Tüchtigen“. Das wäre zu begrüßen, doch liegt es auf der Hand, daß einer solchen Gestaltung auch manche Bedenken entgegenstehen, vor allem das, daß die Gefahr droht es möchte die Uebererschätzung des rein Geistigen und der Zudrang zu den geistigen Berufen noch größer werden als bisher, zum Schaden der gefunden wirtschaftlichen Kraft des Volkes; was wird aber an Material nach Abgang aller Begabteren für die letzten Jahre der Volksschule bleiben? Der Umstand, daß durch das Urteil der Lehrer die Zukunft der Kinder festgelegt wird, erfordert natürlich gründlichste Beobachtung auf Grund wissenschaftlicher Methoden, und doch ist damit nicht die Gewähr gegeben, daß nicht vielen Kindern Unrecht geschieht, daß mancher mit einer Scheinbegabung, die nachher nicht ausfällt, einer Schulart zugewiesen wird, die für ihn nicht die richtige ist, und mancher, der sich spät entwickelt, für sein Leben verurteilt wird. Doch ist der Gedanke einer einheitlichen Organisation an sich zu begrüßen, wenn es gelingt die mancherlei großen Schwierigkeiten zu überwinden. Solche liegen fraglos zunächst darin, daß eine alte Organisation ohne Uebergang plötzlich umgestellt werden muß, dann aber in den tiefgreifenden Änderungen, die der Lehrplan — zumal der höheren Schule — erfahren wird. Wird dieser doch zum Erreichen ihres Zieles in Zukunft ein Drittel der bisherigen Zeit fehlen, und doch dürfen wir die Gesamtleistung nicht schwächen, wenn nicht die Grundlage für das geistige Leben ins Wanken kommen soll. So wird es auch auf dem Gebiet des Schulwesens, falls es zu der Ueberwindung kommt, des selbstlosen Kräfte-einsatzes des ganzen Lehrkörpers bedürfen, wenn erreicht werden soll, was erreicht werden muß.

Die liberale Einigung.

Die Bezirksvorstände für Nordwestfalen der beiden liberalen Parteien trafen gestern nachmittag in Herford zusammen, um die Vereinigung der Parteien vorzubereiten. Die ausführliche Aussprache ergab völlige Uebereinstimmung, daß der Zusammenschluß unbedingt erforderlich und innerlich begründet ist. Die Ueberführung der beiden liberalen Organisationen in die deutsche demokratische Partei wurde grundsätzlich als erstrebenswert bezeichnet. Ein aus beiden Parteien zusammengesetzter Ausschuss wurde eingesetzt (mit dem Sitz in Herford), um die Vorbereitungen zu treffen zum völligen Zusammenschluß und zur Neuorganisation. Der endgültige Zusammenschluß konnte zu allseitigem Bedauern gestern noch nicht vollzogen werden, weil die Nationalliberalen glauben, ihrem Berliner Parteivorstande eine vorhergehende Rücksprache schuldig zu sein.

Im Anschluß an diese Versammlung trat sofort der Vorstand der fortschrittlichen Volkspartei für Nordwestfalen u. Lippe zusammen, bestehend

einstimmig den Anschluß an die Deutsche Demokratische Partei und empfahl den örtlichen Organisationen des Bezirkes Nordwestfalen unverzüglich dasselbe zu tun.

Mit. Berlin, 4. Dez. Zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei ist eine Verständigung erzielt worden, die zu dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Deutsche Demokratische Partei geführt hat. Die Deutsche Demokratische Partei hat dabei den Standpunkt vertreten, daß eine Einigung nur auf der Grundlage des Aufrufs vom 16. November möglich sei und daß diejenigen Persönlichkeiten, die bei der Agitation für annexionsistische Kriegsziele und bei der Amerika gegenüber besorgten Politik eine führende Rolle gespielt sowie diejenigen, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, innerhalb der Partei nicht hervortreten werden.

Mit. Berlin, 4. Dez. Der Anschluß der Deutschen Volkspartei an die Deutsche Demokratische Partei ist heute, wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, auf Grund der nachstehenden Vereinbarung vollzogen worden: Angesichts der nun auch terminmäßig festgelegten Wahlen zur Nationalversammlung und unter dem Eindruck der weitgehenden Bestrebungen im Lande, welche sich für eine Einigung aller liberalen Elemente mit wachsender Stärke aussprechen, sind auch die Parteileitungen der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei erneut zusammengetreten, um den Weg für eine Vereinigung beider Parteien zu finden. In der Aussprache ergab sich völlige Uebereinstimmung darüber, daß die für eine programmatische Einigung ausgearbeiteten Richtlinien den Gedanken der Reichs- und Volkseinheit stark betonen, daß ferner grundsätzliche Unterschiede in der Frage der notwendigen Sozialisierung nicht bestehen und daß die Eigenwirtschaft und die Privatindustrie unter Weiterführung der sozialpolitischen Gedanken die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bleiben müssen. Nachdem über diese Grundgedanken sich eine völlige Einigkeit der Auffassung herausgestellt hat, hat die Leitung der Deutschen Volkspartei, welche die in dem demokratischen Aufruf vom 16. November niedergelegten Richtlinien billigt, es für richtig gehalten, eine einheitliche Front des liberalen und demokratischen Bürgertums herzustellen, und empfiehlt allen Parteien im Lande ein Zusammenwirken mit der Deutschen Demokratischen Partei auf dieser Grundlage. Die Mitwirkung führender Persönlichkeiten der alten nationalliberalen Partei u. der Deutschen Volkspartei im Rahmen der Deutschen Demokratischen Partei ist dadurch gesichert, daß der Herr Staatsminister Dr. Friedberg, Reichstagsabg., Justizrat Dr. Bollert, Landtagsabg., Dr. Blauenburg und Frau Clara Wende in die provisorischen Ausschüsse der Deutschen Demokratischen Partei eintreten. Nachdem Dr. Stresemann bestimmt erklärt hatte, daß von seiner Person abgesehen möge, müßte die Parteileitung ihrem zu großen Bedauern von ihrem einmütigen Beschluß, ihn in diese Ausschüsse zu entsenden, Abstand nehmen. Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei, der leider wegen der Reichspräsidentenwahl in dieser Zeit nicht einberufen werden konnte, wird sobald es die Umstände irgendwie gestatten, zusammenberufen werden.

Entlassung von Heeresangehörigen von Feldformationen. Fast in allen größeren Orten des Reichsbezirks wird zahlreiche totes und lebendes Inventar der Heeresverwaltung aufgefunden, das von Truppen und Kommandos ohne ersicht-

Bersiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

Ende Juni ging Marie-Luise zu längerem Besuch nach Hasselrode. Der Geburtstag ihrer Freundin Lore Otwald fiel in dieser Zeit, und der alte Major konnte sie da am besten entbehren. Er hatte den ganzen Tag Beschäftigung im Garten und sein Fuß plagte ihn zur guten Jahreszeit weniger. Sie freute sich auf die Abwechslung, und die Tage in Hasselrode waren immer ausgefüllt von Heiterkeit. Der alte Amtmann liebte es, viel Besuch bei sich zu sehen und übte eine großartige, wenn auch einfache Gastlichkeit, und es war Marie-Luise, als könne ihr der Trübel dort diesmal gar nicht groß genug sein. Sie wollte vergessen, was sie befandig bedrückte und in der Einsamkeit zu Hause sich oft wie Bergeslast auf ihre Seele wälzte. Lore hatte ihr im letzten Briefe noch ein besondere Ueberwachung versprochen von der sie freilich nicht ahnte, worin sie bestehen könne.

Während das Hasselroder Geipann ziemlich gemächlich seinen Weg rollte — Amtmann Otwald schonte seine Pferde gern —, kann sie nach über die letzten Monate oder eigentlich über das eine, was für sie das wichtigste war. Wochen schon zermarterte sie sich ihren Kopf darüber, was Klaus Otwald wohl so verändert habe, und kein Verzicht der Lösung kam der Wahrheit nahe. Das fühlte sie. Sie hatte ihm ja versprochen, ihm ein halbes Jahr Vertrauen zu schenken, ihn nicht zu fragen — ach, sie vertraute ihm ganz, und doch war es schwer, so im Ungewissen zu leben, in dieser Stille, in der die Stunden sich dehnten,

in denen man grübeln konnte, ohne eine Antwort zu finden.

Als der Wagen vor dem Herrenhause in Hasselrode vorfuhr, schrak sie aus ihren Träumen auf. Eine ganze Schar junger Mädchen flatterte wie ein Taubenschwarm die große Freitreppe hinunter, auf den Wagen zu. umringte sie und führte sie im Triumph ins Haus. Die Hasselroder selber waren drei, Trude, Lote und Lore. Außerdem die älteste Tochter des Hauses, die, nach kurzer Ehe Witwe geworden, wieder unter das elterliche Dach zurückgekehrt war. Mit dieser stand Marie-Luise am wenigsten gut. Sie war von jeher etwas eigentümlich gewesen, und eine kurze, und wie man sich erzählte, sehr unglückliche Ehe hatte diese Eigentümlichkeit noch verschärft. Es ließ sich ja nicht leugnen, Frau Elisabeth Lechner war die schönste der Hasselroder Töchter, aber sie war sich dieses Vorzuges auch ganz außerordentlich bewußt, und da sie die fatale Gewohnheit mancher schöner Frauen hatte, sich in Gesellschaft ganz ungeniert ausschließlich den anwesenden Herren zu widmen und ihre Geschlechtsgegnossen vollständig zu ignorieren, war sie überhaupt bei den Damen der Umgegend reichlich unbeliebt. Sie beteiligte sich übrigens auch an der Begrüßung nicht, weil sie, wie Lolo sagte, bereits für den Mittag Toilette machte.

„Sie macht überhaupt Anstrengungen in der letzten Zeit, sag' ich dir, Marie-Luise!“ erzählte die hübsche, sonst ganz gutmütige Blondine ziemlich unschwerflich. „Seit — ach, so, das ist ja ein Geheimnis, und wird erst im geeigneten Moment verraten.“

Amtmann Otwald kam von den Ställen, um den Gast zu begrüßen. Sein verärgertes Gesicht hellte sich auf, als er Marie-Luise, die sein be-

sonderer Liebling war, kräftig abtastete. „Na, nun behalten wir dich mal 'ne Zeitlang hier, Mädchen, und wenn es dem Papa zu einsam wird, holen wir ihn auch.“

Er hob ihr Kinn in die Höhe und sah sie forschend an.

„Die Luft in Hasselrode ist doch noch besser als bei Euch. Es kommt mir vor, als wenn du ein hübsches blaßschnebelig geworden seiest. Na, da wird Mama dich schon raupflegen.“ Marie-Luise lachte ein wenig verlegen. Er betrachtete sie so eigentümlich forschend. Dann sagte er:

„Und was ich fragen wollte, kennst du den wirklich?“

Aber Lore fiel ihm ins Wort:

„Papa, nichts verraten, du hast's uns doch so heilig versprochen.“

Er schlug sich lachend auf den Mund. „Nichtig und schon wieder ganz vergessen. Nun, hoffentlich wird die Sache Marie-Luise nicht so wichtig sein, als ihr tut. Es wäre mir wenigstens lieb, wenn es wäre.“

Er nickte ihr ziemlich ernsthaft zu und ging. Ganz erstaunt schaute Marie-Luise ihre Freundin an.

„Was ist denn nur?“

„Abwarten!“ lachte diese, „du wirst ja sehen.“

Der Mittagstisch versammelte alle in der großen, niedrigen Stube im Erdgeschoß des alten Hauses. Elisabeth Lechner rauchte wirklich in einer Eleganz, die zu der Einfachheit der Umgebung gar nicht recht paßte, herem. Sie begrüßte Marie-Luise ziemlich obenhin, und diese merkte, daß ihre Blicke erwartungsvoll nach der Türe gingen. Als man sich setzte, blieb ein

Stuhl gegenüber Marie-Luise leer. Murrend

sah der alte Herr nach dem leeren Plaze.

„Kann mal wieder nicht fertig werden mit Schneegeln und Striegeln.“ murmelte er ironisch.

Marie-Luise lachte. Der alte Amtmann war bekannt, daß er seinen Gelsen — den jungen Herren, die die Landwirtschaft bei ihm praktisch erlernen — ein strenger Prinzipal war. Sie hatten nichts zu lachen bei ihm, sondern mußten tüchtig heranzoomen, bis in die finsternen Morgenstunden, und wenn er merkte, daß einer von ihnen sich vor irgendeiner Arbeit scheute, dann hatte er es ganz und gar mit dem Gestrigen verdoeben. Dann wurde er so herangeholt, daß ihm Hören und Sehen verging.

„Ihr habt wohl wieder einen, der den Dünner mit Glacéhandschuhen fährt,“ flüsterte Marie-Luise ihrer Freundin ins Ohr. Die sah sie spitzbübisch lächelnd an.

„Warte nur, er kommt gleich. — Da!“

Sie fließ Marie-Luise heftig an: „Sieh ihn dir an.“

Die Türe ging auf, und in tadelloster Verfassung trat der „Neue“ ein. Marie-Luise starrte. Dann war sie einen Augenblick heftig betroffen. Enno Boyen verbeugte sich vor ihr und lächelte mit besonderer Ergebenheit ihre Hand. Neugierig sah Lore der Begrüßung zu. Sie freute sich augenscheinlich unendlich über die Ueberraschung. Marie-Luises Betoffenheit ging wirklich in eine ziemlich Erregung über. Wie kam er gerade hierher? Er hatte sich in den letzten Tagen ihres Berliner Aufenthaltes mit einer Bestimmtheit um sie bemüht, die ihr nicht angenehm gewesen, aber er war gewandt genug gewesen, ihr keine Geleheit zu geben, ihm das zu zeigen.

Fortsetzung folgt.

lichen Grund zurückgelassen ist. Unermeßliche Werte an Verpflegung, Pferden und Gerät gehen dadurch dem Staate verloren. Dieser Verlust trifft letzten Endes auch den steuerzahlenden Bürger. Um die drückenden Kriegslasten nicht in unnötiger Weise ins Unermeßliche zu steigern, ist es zur Verhütung der geschilderten Mißstände unbedingt erforderlich, daß jede Formation ordnungsgemäß demobilisiert wird. Die ordnungsmäßige Demobilisierung ist aber nur dann möglich, wenn die hierzu erforderlichen Kräfte solange beim demobilisierenden Truppenteile verbleiben, bis alle Demobilisierungsgeschäfte erledigt sind. Selbstverständlich soll jede Demobilisierung mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, damit jede unnötige Verbringung in der Entlassung der Leute, die nach den bestehenden Bestimmungen aus dem Heeresdienste ausscheiden können, vermieden wird. Bezüglich der Entlassung usw. von Feldformationen usw. wird noch folgendes bemerkt: Die planmäßigen Entlassungen von Angehörigen des Feldheeres können erst dann beim zuständigen Ersatztruppenteil durchgeführt werden, wenn die Demobilisierung des Feldtruppenteils beendet ist. Abgekomme und Verpönte haben grundsätzlich ihren Ersatztruppenteil aufzuhalten. Bei den Verpönten sammelstellen der einzelnen Armeen erhalten sie nähere Auskunft über ihr ferneres Marschziel. Im 7. Armeekorps bestehen zwei Verpönten-Sammelstellen, und zwar für die 4. Armee in Haltern und für die 6. Armee in Hagen. Diesen Sammelstellen sind nach der Verfügung des Generalkommandos vom 24. November 1918 la. Nr. 34368 sämtliche Heeresangehörige der 4. und 6. Armee zuzuführen, die aus irgend einem Grund von ihren Feldformationen abgekommen sind. Die Garnisonkommandos usw. haben diese Leute, um die Bahn nicht unnötig zu belasten, alle zwei Tage den Verpönten-Sammelstellen zuzuführen. Für gute Unterkunft und Verpflegung der Verpönten haben die Garnisonkommandos usw. Sorge zu tragen. Die Bezirkskommandos sind nicht befugt, die Anmeldungen von solchen verpönten Heeresangehörigen entgegenzunehmen, die sich ohne ordnungsmäßig vom Ersatz- oder Feldtruppenteil entlassen zu sein, in die Heimat begeben haben. Diesen Leuten ist zu eröffnen, daß sie sich zunächst zum zuständigen Ersatztruppenteil begeben und dort ihre Entlassung beantragen müssen. Die Verfügung vom 21. November 1918 findet nur auf Heeresangehörige aus dem Heimatgebiete Anwendung. Sofern bereits Heeresangehörige des Feldheeres nach der Verfügung vom 21. November 1918 entlassen oder beurlaubt sind, hat es, um eine Belastung der Eisenbahn zu vermeiden, dabei zu verbleiben. Richtig sind jedoch Angehörige des Feldheeres lediglich nach den hierfür bestehenden besonderen Bestimmungen zu behandeln.

— Das rumänische Geld. In unserer Nr. 279 vom 28. November ds. Jrs. ist berichtet, daß einem Soldaten aus Enger 20 000 Lei rumänisches Geld abgenommen sei, worüber er sich nicht ordnungsgemäß ausweisen konnte. Hierzu teilt uns der Arbeiter- und Soldatenrat Herford mit, daß nach erneuten Feststellungen dieses Geld von dem Soldaten beim Arbeiter- und Soldatenrat sofort hinterlegt ist und derselbe sich über den Besitz des Geldes ausweisen konnte. Das Geld ist der zuständigen Behörde wieder zugeführt. Unsere Mitteilung beruht auf einer öffentlichen Feststellung im A. und S.-Rat.

— Aufhebung der Metallbeschlagnahmen. Die Kriegserlöbsabteilung führt im Auftrage des Demobilisationsamtes eine ganze Reihe Beschlagnahmen betr. Beschlagnahme von Rohstoffen an, die jetzt aufgehoben sind. Die Beschlagnahme von Kraftwagenbereifungen wird vorerst aufrechterhalten.

— Der christliche Holzarbeiter-Verband hält heute abend 6 1/2 Uhr im Vereinshaus eine Generalversammlung ab, an die auch hier erinnert sei.

— Eine große öffentliche Versammlung für die Angehörigen der Metallindustrie der Stadt Herford, die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände der Stadt Herford. Zwecklos ist die Neugestaltung der politischen Verhältnisse auch von einschneidender Bedeutung für die Angestellten (insbesondere für die Kaufmännischen) in Handel und Industrie. Im Vordergrund der Kämpfe stehen: Abbau der Frauenarbeit, Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, ausreichende Gehälter und andere Fragen mehr. Es ist daher im Interesse eines jeden Angestellten, die Versammlung zu besuchen, um in dieser weiteren über seine Zukunft zu hören.

— Siedlungsgesellschaft „Rote Erde“. Am 27. November fand unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns Dr. Hammerichmidt im Mühl-Landeshause die diesjährige Generalversammlung der Siedlungsgesellschaft „Rote Erde“ statt. Der Geschäftsführer, Landesökonomerrat Becker, erstattete eingehenden Bericht über das vergangene Geschäftsjahr und die auf dem Gebiete des ländlichen Siedlungswesens in der nächsten Zukunft zu lösenden Aufgaben. Die vorgelegte Bilanz wurde festgestellt und dem Geschäftsführer Entlassung erteilt. Zum Schluß wurden zwei neue Gesellschafter, die Landgemeinde St. Mauritz und der Fabrikant Gerhardt zu Lüdenscheid mit zusammen 4000 M. Stammapital aufgenommen.

ie. Das Kirchenweihfest der Marienkirche an dem geschilderten Donnerstag nach dem 1. Advent wurde heute nach überlieferter Weise in einem besonderen Gottesdienst in der Jakobikirche begangen. Am nächsten Sonntag, 8. Dezember, soll als Nachfeier ein Gemeindevand in der Evangel. Vereinskirche stattfinden. Einlaßkarten dazu werden innerhalb der Jakobigemeinde in den Häusern angeboten (10 Pf.). Soweit die Raumverhält-

nisse es gestatten, soll auch Nicht-Marienglieder die Teilnahme ermöglicht werden (30 Pf., am Saaleingang zu bezahlen). Im Mittelpunkt des Abends steht ein Vortrag des Herrn Pastor Niemann über einen Gegenstand von höchster Gegenwartsbedeutung: „Das Evangelium und die evangelische Gemeinde und Kirche im Deutschland der Zukunft.“ Da die angekündigte „Trennung von Staat und Kirche“ allgemein die Gemüter bewegt, mancherlei Gedanken und Fragen weckend, so ist diesmal eine an den Vortrag sich anschließende Aussprache im Kreise der Gemeindeglieder vorgesehen.

Arbeiter- und Soldatenrat.

In der gestrigen Sitzung nahmen u. a. Oberbürgermeister Busse und Bürgermeister Werner teil; als Vertreter der Kaserne war Soldat Schuster anwesend.

Die Vergütung für die Sicherheitskompanie.

Der Vorsitzende Schlüter führte hierzu aus: Bis jetzt habe kein Mann mehr als 3 M. Entschädigung erhalten. Nach der Entlassung der Mannschaften aus dem aktiven Heere müßte eine andere Regelung eintreten, welche die Kommission versucht hat zu finden. Zwischen ist aber eine Anordnung des Kriegsministeriums ergangen, wonach die Sicherheitskompanien durch die Garnisonkommandos gelöhnt werden sollen. Die A. und S.-Räte dürfen Kasernenverwaltungen nicht einrichten, sondern haben ihre Forderungen der nächsten Dienststelle einzureichen. Aufgrund dieser Regelung kommt eine Leistung der Stadt Herford nicht in Frage. Das hiesige Garnisonkommando übernimmt vielmehr die Sicherheitsmannschaften nach den vorgeschriebenen Sätzen (etwa 8,70 M. pro Tag einschl. Verpflegung). Bis zum 10. d. Mts. bleibt aufgrund eines Abkommens die Kompanie wie bisher bestehen, am 8. d. Mts. haben sich alle Mannschaften zu melden, die gewillt sind, Dienst auch unter den neuen Verhältnissen zu verrichten. Das Mitglied des Arbeiterrates Müller erhebt im Anschluß hieran gegen die Herforder Zeitung für Stadt und Land den Vorwurf, daß sie mit der zweimaligen Veröffentlichung der Sätze für die Wachmannschaften nach den Beschlüssen der Kommission Mißstimmung erregt habe, zumal eine nachträgliche Aufklärung unterblieben sei. Er nennt das „Magelageropolis“ und „Stimmungsmache“ für die Nationalversammlung. Soldatenratmitglied Deutgen verurteilt die Veröffentlichung in der Herforder Zeitung gleichfalls und nennt ihre Veröffentlichung einseitig, ebenso wie der Vorsitzende Schlüter. Mitglied Kühle verweist sich gegen diese Anschuldigungen. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um Klarheit zu schaffen darüber, was beantragt sei. Was seine Zeitung veröffentlicht habe, dafür trage er die volle Verantwortung, kein anderer, und er scheue sich nicht, diese Verantwortung vor der breitesten Öffentlichkeit zu übernehmen, unbekümmert um alle Angriffe. Er bedauert im übrigen die unfeinen und unsachlichen persönlichen Angriffe, weil sie nicht dazu geeignet seien, die sachliche Arbeit zu fördern. Im Augenblick, wo wir an Abgründen wandeln, halte er es doch für angezeigt, alle Kräfte zusammenzufassen, die weiter wollen, statt die Zeit zu vertun mit unbewiesenen Unterstellungen und durchsichtigen Verdächtigungen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden Schlüter gibt Oberbürgermeister Busse Auskunft, daß die Arbeitslosenfürsorge in der Stadt Herford in aller nächster Zeit geregelt werden soll.

Ueber die Verpflichtung der entlassenen Soldaten teilt Bürgermeister Werner mit, daß durch die städtische Lebensmittelverteilung bisher 2807 entlassene Soldaten und 30 820 Verpflegungstage gegangen sind im November. Es sei seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel ausreichen. Gleichmäßige Verteilung sei die Grundlage dafür.

Stellung eines Beirats für das städtische Kriegsfürsorgeamt.

Kriegsbeschädigter Kementa bringt die Wünsche der Herforder Kriegsbeschädigten vor. Unter diesen; sowie unter den Witwen u. Waisen herrsche viel Mißstimmung über nicht immer zu reichendes Entgegenkommen der hiesigen Amtsstelle. Er hatte es z. B. für notwendig, die Damen auf dem Rathaus durch Kriegsbeschädigte zu ersetzen. Unter allen Umständen sei aber zu verlangen, daß die Kriegsbeschädigten sachgemäß beraten würden, und dazu sei einer der Ihrigen am besten geeignet. Im ähnlichen Sinne läßt sich Reservist Heidemann aus, der als Beirat Kementa vorschlägt. Oberbürgermeister Busse: Durch den Krieg sind tatsächlich allerlei Damen ins Rathaus gekommen, sobald es angehe, würde selbstverständlich ein Abbau vorgenommen, wovon in erster Linie Kriegsbeschädigte Vorteil haben müssen. Daß Damen der besseren Stände eingestellt seien, die eine finanzielle Beihilfe entbehren könnten, sei im allgemeinen nicht zutreffend. Die Mehrzahl könnte die Vergütung aus der Beschäftigung sehr gut gebrauchen. Mitglied Nolting hält es hier richtiger, die erhobenen Vorwürfe gegen städtische Beamte zuvor zu prüfen, bevor man damit an die Öffentlichkeit tritt.

Bürgermeister Werner weist Vorwürfe allgemeiner Natur gegen Beamte zurück. Die An-

träge von Kriegsbeschädigten z. B. seien stets sofort aufgenommen. Oberbürgermeister Busse bittet um genaue Unterlagen bei Beschuldigungen gegen Beamte, damit Abhilfe geschaffen wird: Allgemeine Redensarten nützen nichts. Kein Beamter, der gefehlt hat, wird seiner Bestrafung entgehen.

Die Wahl Kementas als Beirat in die städt. Kriegsfürsorgekommission wird einstimmig angenommen.

Antrag betr. Verg.

Wehrmann Deutgen erhebt gegen den Kriminalbeamten Berg Vorwürfe wegen seiner Haltung bei dem bekannten Zusammenstoß mit dem Defektor Vors. Er spricht seine Verwunderung darüber aus, daß in den Akten keine Belastungszeugen zu finden sind. Zugleich trägt er einige andere Fälle hierzu vor, die ihm von anderer Seite berichtet sind, die er aber aus eigener Wahrnehmung nicht kennt. Mitglied Müller nimmt Berg gegen die Vorwürfe in Schutz. Diese Anschuldigungen hätten keinen Grund und Boden und müßten untersucht werden. Er habe Berg als tüchtigen Beamten kennen gelernt. Wenn einer einen Spießbuben schnell erwische, sei es Berg. Sind Übergriffe vorgekommen, dann erhebe er keine Beschuldigung gegen den Beamten, sondern gegen das alte System. Wir seien alle fehlerbare Menschen. Keiner stehe einwandfrei da. Es sei zwecklos alte Sachen aufzuwärmen. Im Anschluß hieran verliest Vorsitzender Schlüter den amtlichen Bericht über den vorgetragenen Fall, aus dem sich ergibt, daß der Festgenommene ein vorbestrafter Defektor war und Berg in einfacher Notwehr gehandelt hat. Oberbürgermeister Busse: Die Staatsanwaltschaft in Bielefeld hat abgelehnt, gegen Berg vorzugehen, weil seine Handlung berechtigt gewesen ist. Er persönlich sei redlich bemüht, mit dem A. und S.-Rat Hand in Hand zu arbeiten. Die bestehenden Gesetze müßten aber respektiert werden. Alle Menschen irren, das müßte offen gestanden werden. Das Amt eines Kriminalbeamten sei besonders dornenvoll. Bürgermeister Werner gibt Auskunft über den angeschnittenen Fall A. Der Junge sei stiefblind verfolgt und von seinen Eltern verleugnet. Der Beamte habe pflichtgemäß gehandelt. Mitglied Vors: Wir können hier nicht Gericht sitzen über einen Familienvater und den einfach brotlos machen. Auf Gerüchte sei nicht zu geben, in den meisten Fällen verlagten die Zeugen. Er warne das Schwert allzu scharf zu handhaben. Die Gemüter seien heute aufgeregter als je zuvor, da sei es besonders erforderlich, Ruhe zu bewahren und sachlich zu handeln. Reservist Heidemann verurteilt mehr den alten Polizeistaat als den Beamten desselben. Fabrikant Nolting stellt den Antrag, den Fall dem Magistrat zur Untersuchung und Bericht zu überweisen. Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen angenommen gegen 5 Stimmen ein Antrag, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß B. sich stets human gegen die Bevölkerung richte, da Rücksichtslosigkeit zur Forderung der Entlassung führen würden.

Gegen den Antrag Kühle, den A. u. S.-Rat in Zukunft Volks- und Soldatenrat zu nennen, sprachen sich außer dem Antragsteller sämtliche Redner aus. Der Antrag wurde zurückgezogen. Anträge der Zentrumsparthei, des evang. Männervereins und des Bundes für Handel, Handwerk und Gewerbe auf Zulassung von Vertretern für den A. und S.-Rat wurden abgelehnt.

Zur Sprache kam dann noch die Entlassungsanstalt, die nach den Ausführungen des Lazarettvertreters unzureichend ist, da nur 7-8 Leute täglich entlassen werden können. Im Verein mit dem Magistrat soll auf Erweiterung Bedacht genommen werden.

Klagen über unzureichende Bezahlung von Nacharbeiten bittet Mitglied Püster um zur Nachprüfung vorzulegen. Er werde gewissenhaft alles untersuchen.

Dem Antrag der Polizeiverwaltung, den Schutzleuten im Dienst das Tragen des Helms zu gestatten, soll nicht stattgegeben werden.

Zu Delegierten für die Tagung der Arbeiter (Volks-) und Soldatenräte am 6. Dezember in Bielefeld wurden die Mitglieder Schlüter, Heidemann und Gert gewählt.

Ein Antrag Vors und Genossen gegen den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken durch die Geistlichen wurde gutgeheißen. Mitglied Püster berichtet, daß er solche unangebrachten Verherrlichungen von der Kanzel, wie er sie gehört habe, nicht für recht halte. Wenn man in die Kirche gehe, wolle man seine Freunde daran haben, aber keinen Streit hören. Vors. Schlüter: Die Kirche gehört keiner Partei und die Geistlichen sollen Diener Christo sein. Er sei für den weitgehendsten Schutz der Kirche. Zu politischen Reden stehe dem Pastor die Versammlung frei. Mitglied Vors: Die Kanzel und das Gotteshaus sollen frei sein von Politik. Jeder Pastor hat das Recht, uns anzugreifen, aber nicht auf der Kanzel.

Ein Antrag des Kohlenhändlers Mettenbrint auf Zuteilung von Kohlensteinen, gibt Veranlassung zu scharfen, zugehörten Angriffen gegen Bürgermeister Werner, denen gegenüber dieser darauf hinweist, daß für ihn die Anordnungen des Reichskohlenkommissars bestimmend seien, und daß er sich danach zu richten habe. Die eingeleitete Kohlenkommission soll die Angelegenheit in Ge-

meinschaft mit der Ortskohlenstelle untersuchen und schlichten.

Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht.

Der Feind im Land.

Wth. Frankfurt a. M., 4. Dez. Oberbürgermeister Voigt erhielt folgendes Telegramm des Staatssekretärs Erzberger: Nach sechsen eingetragener Meldung der Waffensstillstandskommission in Spaan, fällt Frankfurt nicht in das besetzte Gebiet, sondern in die neutrale Zone.

Wth. Düsseldorf, 4. Dez. Der Kommandant der belgischen Truppen in Neuf hat angeordnet, daß von heute abend 8 Uhr an jeder Verkehr zwischen beiden Rhein-ufeln, also auch auf den Düsseldorf-Rheinbrücken, ferner der Drahtbahnverkehr Düsseldorf-Neuf, der Schiffsverkehrsverkehr auf dem Rhein und der Postverkehr auf dem linken Rheinufer, vorläufig verboten ist.

bb. Düsseldorf, 4. Dez. Heute nachmittag rückten zwei belgische Kavallerieabteilungen in Stärke von 3000 Mann in den linksrheinischen Teil von Düsseldorf ein.

bb. Odentighen, 4. Dez. Heute vormittag rückte ein belgisches Kommando in Stärke von etwa 500 Mann ein, um Quartier zu machen für etwa 500 Mann.

Wth. Ludwigshafen, 4. Dez. In Neustadt a. d. Haardt wurde heute von Besatzungstruppen das Post- und Bahnhofsgelände besetzt. In Ludwigshafen traf heute mit tag ein französischer Offizier mit drei Mann ein und begab sich in das Hauptpostgebäude. Der Telefonverkehr von Ludwigshafen nach dem rechtsrheinischen Gebiet ist vorläufig eingestellt.

Die Arbeitslosigkeit.

bb. Berlin, 5. Dez. Die Berliner Gewerkschaften melden in den letzten Tagen hohe Arbeitslosenziffern. Innerhalb einer Woche ist die Zahl allein der arbeitslosen Bauarbeiter von 500 auf annähernd 1000 gestiegen. Bei den Holzarbeitern betrug sie in der vorigen Woche 16 000, sie ist seitdem rapide gestiegen. Bei den Metallarbeitern sind weit über 5000 Arbeitslose vorhanden. Infolge der Ueberfüllung der 23 städtischen Aufnahmestellen für Arbeitslose ist vom Berliner Magistrat eine 24. Stelle eingerichtet worden.

In Charlottenburg bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 10 Millionen für Arbeitsbeschaffung.

bb. Berlin, 5. Dez. Wie ein Gewärtsmann der „Deutschen Allg. Ztg.“ erzählt, ist die Abwanderungsfürde des Kronprinzen nunmehr unterzeichnet.

Verlängerung des Waffenstillstandes?

bb. London, 4. Dez. Die internationalisierte Konferenz besprach die Dauer des Waffenstillstandes, der wahrscheinlich verlängert werden wird. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Verantwortlich für den Text und Zusatzen: Fr. Kühle, Herford.

Bekanntmachung.

Die Fleischpreise.

wird für die Woche vom 2. Dezember bis 8. Dezember auf 200 Gr. Fleisch und Wurst festgesetzt.

Befestigt werden 6 kleine Fleischmarkenabschnitte mit 120 Gr. Fleisch und 4 kleine Fleischmarkenabschnitte mit 80 Gr. Wurst.

Der Verkauf in den Schlachtereien am Freitag, den 6. Dezember nachmittags und Sonnabends, den 7. Dezember findet in folgender Reihenfolge statt:

Freitag, den 6. Dezember 1918, 4-6 Uhr nachmittags die Fleischartenmehrer S-3.

Sonnabends, den 7. Dezember 1918, 8-12 Uhr die Fleischartenmehrer A-S, 2-4 Uhr S-4.

Herford, den 4. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Städtischer Verkauf.

In der Turnhalle am Wilhelmplatz wird täglich Cuvier-Bratensauzisch

verkauft.

Herford, den 4. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Städtischer Verkauf.

Der Magermilchverkauf in der Turnhalle am Wilhelmplatz und in den Milchhäusern findet nur von 7-8 Uhr abends statt.

Nach 8 Uhr abends wird keine Milch mehr verabfolgt.

Herford, den 4. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Städtischer Verkauf.

In der Verkaufsstelle Baderstraße werden an Kinder vom 3.-6. Lebensjahre gegen Vorlegung der Milchmarken je 50 Gr. Bonbons zu 15 bzw. 25 Pf.

in nachfolgender Reihenfolge verkauft:

Am Freitag, den 6. Dezember 1918

vorn. von 9-10 Uhr an die Zsh. der Lebensmittelarten Nr. 9613-10 588, von 10-11 Uhr Nr. 9253-9612, von 11-12 1/2 Uhr 8761-9252, nachm. von 3-4 Uhr 8435 bis 8760, von 4-5 Uhr 8110-8434, von 5-6 Uhr Nr. 7761-8109.

Die Milchmarken ist zwecks Eintragung vorzulegen.

Das Geld ist abgezählt bereitzuhalten.

Eine Abfertigung außerhalb der vorgeschriebenen Reihenfolge findet nicht statt. Die Wahl der Sorte der Bonbons muß der Verkaufsstelle überlassen bleiben.

Herford, den 3. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsstelle für die Arbeitslosen-Kontrolle findet sich von Freitag, den 6. ds. Mts. ab bis auf weiteres im Zimmer Nr. 12 des Rathauses.

Die Ausübung der Kontrolle findet zunächst in dem bisherigen Weise statt.

Herford, den 3. Dezember 1918.

Der Magistrat.



Herford, den 2. Dezember 1918.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Nach langer Zeit langer Ungewissheit erhielten wir heute die tieftraurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter einziger hoffnungsvoller Sohn, unser guter Bruder und Schwager

Wilhelm Werth

Unteroffizier in einem Infanterie-Regiment

Inhaber des Eisernen Kreuzes

am 18. Juli 1918 in seinem 27. Lebensjahre fürs Vaterland gefallen ist.

In tiefem Schmerz;

Aug. Werth und Familie.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.



Herford, den 4. Dezember 1918.

Nachruf.

Unser langjähriges treues Mitglied

Herr Adolf Krefis

ist, nachdem er bereits über vier Jahre im Heeresdienst stand, infolge einer schweren Krankheit gestorben. Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen, dessen Andenken bei uns unvergessen sein wird.

Sektion Herford

des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands.

Herford, den 5. Dezember 1918.



Schon wieder hat uns der unerbittliche Tod einen geschätzten Arbeitskollegen entzogen. In einem Kriegslazarett starb an der Grippe der Landsturmmann

Heinrich Schewe

Wir haben ihn während der langen Jahre, die er in unserer Mitte tätig war, als einen treuen, stets freundlichen und hilfsbereiten Arbeitsgenossen achten und lieben gelernt.

Sein Andenken wird bei uns nie verlöschen.

Die Arbeiter u. Arbeiterinnen der Firma Emanuel Weinberg.

Musikverein.

Donnerstag Realschule:

Gemeinsame Probe.

Damen 8 $\frac{1}{2}$, Herren 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Kirchenkonzert Anfang Januar.



Freiwillige Feuerwehr.

Am Sonnabend, den 7. Dezbr., abends 8 Uhr Übung der ganzen Wehr. Der Brandmeister.

Uns dem Heeresdienst entlassen, nehme meine

Unterrichtstätigkeit im Klavierpiel nach ersten musikalisch-pädagogischen Grundbegriffen wieder auf.

Arthur Gund, Musiklehrer, Kommtstraße 28.

Obstbäume

wie Stachelbeeren u. Johannisstrauchfrüchte wieder vorrätig bei

Julius Emme, Kreisstraße 5.

3 gebrauchte eiserne

Bettstellen

90x190 cm zu kaufen gesucht. Offert. unter Nr. 3381 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Gebrauchte gut erhaltene

Dampfmaschine

zu kaufen gesucht.

Offert. unter Nr. 3379 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Städtisches

Arbeitsamt

für Stadt- u. Landkreis Herford.

Waisenhausstr. 1, Fernspr. 102.

Es werden zu sofort für

hier und auswärts gesucht:

1 Elektricien, 10 Möbel-

sticker, 3 Maschinensticker,

1 Holzdreher, 2 Möbelpol-

sterer, 2 Schuhmacher, 1

Friseur, 2 Maurer, 2 Hand-

werker, 15 Hausmädchen, 4

Buchhalter, 1 Hausknecht.

Student

erleitet Nachhilfe in Mathe-

matik, Griechisch, Latein.

Angebote unter Angabe der

Klassenstufe an die Geschäfts-

stelle dieser Zeitung unter 3351.

Mäherinnen

außer dem Haupte für ganz

leichte Arbeit suchen

Pilgrim & Rölling.

Eine ehrliche und saubere

Frau

zum Reinigen der Kontorräume

sofort gesucht.

Dampfbrennerei u. Likhörfabrik

Carl Wittenborg.

Tischlermeister

sucht Stellung.

Offert. u. O. B. 3401 an die

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Landhaus

in ländl. schöner Gegend bei

Herford, durchaus im guten

Zustande, 5-6 Räume, etwas

Stallung, 1/2 bis 3/4 Morgen

Obst- und Gemüsegarten, sofort

zu kaufen gesucht. Angebote

mit Preisangabe unter 3391

an die Geschäftsstelle der Herf.

Zeitung für Stadt und Land.

August Rottig, Tempelhof 118,

Kaiserkorso 3.

Mehrere Räume

die sich für eine kleine Tischlerei

eignen und eine Wohnung

von 4-5 Räumen zum 1.

April 1919 zu mieten gesucht.

Offert. unt. 3389 an die Ge-

schäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

Wohnung

von 2-3 Räumen zu mieten

gesucht. Offert. an die Ge-

schäftsstelle d. Ztg. unt. 3385.

Junges Ehepaar sucht

2-3 Zimmer-Wohnung

zum 1. Januar, Nähe der Salz-

gasse, Friedenstr. oder Kamm-

erstr. Angebote unter G. K. 3409

an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Pferde-Versteigerung

Am Freitag, den 6. und am Sonnabend, den 7. Dez. findet im Grf.-Pferde-Depot II Münster i. W., Peters-Hafen

Versteigerung von 150 bis 200 arbeitsfähigen Pferden

statt. Die Versteigerung beginnt um 9 Uhr vorm. und sind Händler vom Verkauf ausgeschlossen. Halfter und Stricke sind mitzubringen.

Bei den Verkäufen wird Kriegasanleihe vorzugsweise in Zahlung genommen d. h. Käufer, die die Bezahlung in Kriegasanleihe anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten in erster Linie berücksichtigt. Inhabern von Pferdearten verleiht die Zahlung des Kaufpreises in Kriegasanleihe, jedoch nur innerhalb der gleichfarbigen Bezugstafel, den Vorzug.

Grf.-Pferde-Depot II, Münster i. W., Peters-Hafen.

Berein „Waldeck“ Mitglieder-Versammlung

am Montag, d. 9. d. Mts., abends 8 Uhr, im Vereinshaus. Tagesordnung:

1. Auflösung des Vereins.
2. Anschluß an die Deutsch-demokratische Partei.
3. Agitation und Organisation.
4. Verschiedenes.

Mit demokratischem Gruß
Der Vorstand.

Öffentliche Frauen-Versammlung

Freitag abend 7 Uhr

im Saale des Evangl. Vereinshauses.

Tagesordnung:

Die politischen Rechte der Frauen im neuen Deutschland.

Referent: Redakteur Karl Severing, Bielefeld.

Nach dem Vortrag: freie Aussprache.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein

Der Einberufer.

Öffentliche Versammlung

sämtlicher Angestellten in Handel u.

Industrie in der Stadt Herford

am Sonnabend, den 7. Dezember 1918,

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Saale des Herrn Brinkmann, Remtor:

Vortrag

des Herrn Gauleiter Schröder, Köln, über:

Das Gebot der Stunde u. die Angestellten Deutschlands.

Das Erscheinen sämtlicher Angestellten ist dringend notwendig. Es handelt sich um die Zukunft jedes Einzelnen. Wer nicht erscheint, verkennt den Ernst der Stunde.

— freie Aussprache. —

Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände in der Stadt Herford.

(Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Kaufmännischer Verein von 1888, Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, Deutscher Bankbeamten-Verein, Deutscher Gruben- und Fabrikbeamten-Verband, Werkmeister-Verband.)

An die Mitglieder des Obst- und Gartenbauvereins in Herford und Umgegend.

Wir haben z. B. fast sämtliche Gemüsepflanzen vorrätig. Im Frühling wird eine Samenknappheit eintreten, einige Sämlinge und schon jetzt vergriffen.

Wir bitten, den Bedarf möglichst bald von unserem Lager Arndstr. 4 abholen zu wollen. Saatstoff ist noch vorrätig.

Aus dem Felde zurückgekehrt!

Gabe meine

Holz-Bildhauerei

Bahnstraße Nr. 3 verlegt.

Holsträters Bildhauerei,

Ausgewählte Werkstätten.

300 Arbeiter

für Kotsladung auf Bechen gesucht. Arbeitszeit

8 Stunden, Lohn 1.35 bis 1.50, Verpflegung

und Unterkunft R. 3.25 für den Tag.

Richard Janssen, Dortmund,

Westenbellweg 51, Eingang: Petersgasse.

Bekanntmachung.

Entlassene oder länger als 4 Wochen beurlaubte Militärpersonen, deren Angehörige Kriegs-Familienunterstützung beziehen, haben ihre Entlassung oder Beurlaubung unter Vorlegung der Militärpapiere auf den Ämtern des Kreises alsbald zu melden. Dasselbe sind auch Sterbefälle und sonstige Abgänge von unterstützten Personen zu melden. Wer widerrechtlich die Unterstützung weglassen bezieht, macht sich wegen Betruges strafbar.

Herford, den 26. November 1918.

Der Kreisamtsrat.

Vermess. Bodenträger, Schaufelschläge, Bettstühlen, Tischklammern, Hamburger Schraufschrauben, Scharniere, sowie

sämtliche Beschläge

für die Möbel-Industrie

preiswert ab Lager abzugeben.

Emil Sturm, Saale i. W.

Öffentliche Bekanntmachung.

Einkommensteueranmeldung für das Steuer-

jahr 1919.

Auf Grund des § 25 des Einkommensteuergesetzes wird hietmit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. veranlagte Steuerpflichtige im Kreise aufgeführt, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 4. bis 20. Januar 1919 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten vom 10-11 Uhr auf dem Geschäftszimmer im Kreisshaus II (Kreishausstraße 6) zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung veräumt, hat gemäß § 31 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes neben der im Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren endgültig festgestellten Steuern einen Zuschlag von 5 Proz. zu derselben zu entrichten.

Wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder willkürliche Verschönerung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 72 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern einer in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung derjenige Teil auf die veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welcher auf Gewinnanteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung entfällt. Diese Vorschrift findet aber nur auf solche Steuerpflichtige Anwendung, welche eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihnen empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet haben. Daher müssen alle Steuerpflichtigen, welche eine Steuererklärung gemäß § 71 a. a. O. erwarten, mögen sie bereits im Vorjahre nach einem Einkommen von mehr als 3000 M. veranlagt gewesen sein oder nicht, binnen der oben bezeichneten Frist, eine, die nähere Bezeichnung des empfangenen Geschäftsgewinnes aus der Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthaltene Steuererklärung einreichen.

Die vorgeschriebenen Formulare zu Steuererklärungen werden von heute ab von dem Unterzeichneten und den Gemeindevorstehern auf Verlangen kostenlos verabfolgt.

Herford, im Dezember 1918.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Veranlagungskommission

des Landkreises Herford.

J. B. v. Sandes.

Bekanntmachung.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Hallenbadebad in der städtischen Badeanstalt nur Mittwochs und Donnerstags nachmittags von 3 bis 7 Uhr für Militärpersonen unentgeltlich geöffnet, zu anderer Zeit aber geschlossen ist, da der Betrieb gleichzeitig mit den anderen Teilen der Badeanstalt nicht möglich ist.

Herford, den 4. Dezember 1918.

Der Magistrat.